

**Pressegespräch  
am 5. Februar 2010 in Haltern**

## **Statement Michael Vassiliadis**

*Es gilt das gesprochene Wort*

---

Auch ich begrüße Sie herzlich zu unserem traditionellen Pressegespräch in Haltern. Wie gewohnt, soll die Energiepolitik im Mittelpunkt stehen, heute ganz besonders ihre Bedeutung für den Industriestandort Deutschland.

Die Bundesregierung hat für Oktober ein energiepolitisches Konzept angekündigt. Das ist gut. Denn ein solches Konzept ist lange überfällig. Noch herrscht allgemeine Verunsicherung darüber, wie es energiepolitisch weitergehen soll. Und die unterschiedlichen Signale aus der Regierungskoalition zu einzelnen energiepolitischen Fragen haben die Verwirrung eher erhöht, als für Klarheit gesorgt.

Aber Klarheit ist genau das, was wir brauchen. Denn ohne verlässliche Rahmenbedingungen kann die Industrie nicht über Investitionen entscheiden. Das gefährdet unsere Zukunftsfähigkeit und Arbeitsplätze.

Vor allem die energie- und stromintensiven Branchen in Deutschland stehen schon heute vor der Alternative Zukunftsinvestitionen oder Auslauf.

Uns erfüllt diese Entwicklung mit großer Sorge. Wenn nicht schnell wichtige energiepolitische Weichen gestellt werden, wäre die Abwanderung ganzer Branchen ins außereuropäische Ausland die Folge. Der Strompreis droht zum entscheidenden Kriterium für Standortentscheidungen zu werden.

Ich nenne als Beispiele die Aluminiumerzeugung, die Glas- und Papierindustrie sowie Teile der chemischen Industrie. So lenkt der größte deutsche Chemiekonzern BASF seine Zukunftsinvestitionen stärker nach China oder in Schwellenländer, ähnliche Verlagerungstendenzen sind auch in anderen Bereichen der energieintensiven Grundstoffchemie zu beobachten.

Von einem ernsthaften energiepolitischen Konzept erwarten wir einen ganzheitlichen Ansatz und klare Rahmenbedingungen für den künftigen Energiemix.

Angesichts der jüngsten Diskussionsbeiträge aus den beteiligten Ministerien warne ich vor zu einfachen Rezepten nach dem Muster: Wir verlängern die Laufzeiten der Kernkraftwerke, bis wir unseren Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen decken können. Das wäre deutlich zu kurz gesprungen.

Wir haben unsere Anforderungen an die Energiepolitik von 2010 bis 2050 für unser heutiges Gespräch schriftlich zusammengefasst. Sie finden das Papier auf Ihren Plätzen. Ich erspare Ihnen hier die Vorstellung aller Details und konzentriere mich auf die Kernaussagen.

Folgende wichtige Fragen muss aus unserer Sicht ein Energiekonzept beantworten:

- Wie lässt sich eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung mit der Begrenzung der Erderwärmung vereinbaren?
- Welche Rolle spielen die einzelnen Energieträger von der Kernenergie über die fossilen bis zu den regenerativen? Wie abhängig machen wir uns von Energieimporten, vor allem beim Erdgas? Oder in einem Satz: Wie sieht der Energiemix in Zukunft aus?

- Und nicht zuletzt: Woher bekommen die energieintensiven Industrien in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Energie, die sie für ihre Produktionsprozesse brauchen und was wird diese Energie kosten?

Bereits heute stellt sich die letzte Frage ganz konkret denjenigen, die in den Unternehmen über Investitionen in neue Anlagen entscheiden, die 20, 30 oder mehr Jahre gewinnbringend laufen sollen. In welchem Maß besteht Planungssicherheit für zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in den Jahren bis 2050? Die Antwort beeinflusst schon jetzt die Auswahl zwischen Standorten, die international um Investitionen in Neuanlagen konkurrieren.

Fast alle Grundlastkraftwerke, die heute in Deutschland die industrielle Energieversorgung sichern, werden bis 2030 abgeschaltet sein. Entweder sind es Kernkraftwerke, deren Auslauf politisch beschlossen wurde, oder Kohlekraftwerke, die dann das Ende ihrer Lebensdauer überschritten haben.

Unter den bestehenden Rahmenbedingungen insbesondere des Emissionshandels ab 2013 und fehlender Akzeptanz an Standorten geben Energieversorgungsunternehmen Projekte für neue Kohlekraftwerke auf oder stellen sie zurück. Denn die hohen Investitionen in neue Kraftwerke sind unternehmerisch nur verantwortbar, wenn genehmigungsrechtliche Planungssicherheit besteht und die prognostizierten Strompreise oberhalb der Vollkosten der Neuanlagen liegen.

Wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel sie unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, dann haben auch Aluminiumhütten, Elektrolysen, Glasöfen und Papiermaschinen nur noch so lange eine wirtschaftliche Zukunft, wie die alten Kraftwerke weiter laufen und sie mit Strom versorgen. Dasselbe gilt entsprechend für den Braunkohlenbergbau. Ohne neue, umweltfreundliche Kraftwerke ist seine Zukunft begrenzt.

Wir wollen Nachhaltigkeit. Weder dürfen energie- und industriepolitische Erfordernisse über die notwendigen Klimaschutzziele, noch einseitige Klimaschutzmaßnahmen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestellt werden. Die IG BCE will eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, eine langfristige, umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima tatsächlich schützt sowie sozialen Fortschritt voranbringt.

Selbstverständlich gehört dazu der Ausbau der erneuerbaren Energien. Viele unserer Mitglieder arbeiten in damit verbundenen Unternehmen. Doch erneuerbare werden nicht ausreichen.

Der Bundesumweltminister will die Stromerzeugung in Deutschland bis zum Jahr 2050 fast vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Dabei berücksichtigt er bestenfalls den Strombedarf von Privathaushalten, Handel und Gewerbe, aber er übersieht den Bedarf der energieintensiven Industrie an Grundlaststrom. Der muss an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung stehen, auch wenn es dunkel ist und kein Wind weht.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Aber sie taugen nicht für die industrielle Grundlast, solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann. Ihr Anteil soll in Deutschland bis 2020 auf 30 Prozent der Stromerzeugung ausgebaut werden. Das Ziel ist ambitioniert, aber erreichbar, und muss weiter verfolgt werden. Genauere Angaben zu den einzelnen regenerativen Energien finden Sie in unserem Papier.

Erreichen wir das genannte Ziel, müssen wir also immer noch 70 Prozent Strom aus nicht erneuerbaren Energien erzeugen. Dieser Anteil lässt sich bis 2050 nicht auf Null reduzieren, ohne den energieintensiven Industriestandort aufzugeben.

Ein Wort zur aktuellen Debatte um die Kürzung der Subventionen für Solarenergie. Wir selbst haben Über-Förderung kritisiert. Es ist unstrittig, dass die derzeitige EEG-Vergütung angepasst werden muss. Ich warne aber davor, jetzt das Kind mit dem Bade auszuschütten und Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr zu bringen.

Die von Bundesumweltminister Röttgen vorgesehene Kürzung um zusätzlich 15 Prozent geht zu weit. Zusammen mit der ohnehin im EEG-Gesetz festgelegten Degression von 9 Prozent wäre das ein Viertel weniger. Das würde deutsche Solarzellenhersteller mit fairen Arbeitsbedingungen, Tariflöhnen und Produkten hoher Qualität in den Ruin treiben. Die abgesenkte Förderung würde dann allenfalls ausreichen, die Installation billiger chinesischer Anlagen zu unterstützen. Will die Bundesregierung das?

Ich finde, Sinn einer Förderkürzung sollte sein, deutsche Unternehmen zu technischen Einsparungen und Innovationen anzuspornen, nicht sie vom Markt zu verdrängen. Unter diesem Gesichtspunkt halte ich den Vorschlag des Bundesverbandes der Solarwirtschaft für angemessen. Der hat sich zu einer zusätzlichen Kürzung um 5 Prozent bereit erklärt. Das ist auch beim gestrigen Aktionstag bekräftigt worden, an dem sich viele unserer Mitglieder beteiligt haben.

Ich habe diese Einschätzung auch in Briefen an Bundesumweltminister Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Brüderle vorgetragen. Zugleich habe ich einen Dialog von Solarwirtschaft, Politik und Gewerkschaften angeregt mit dem Ziel, die Unternehmen und Arbeitsplätze zukunftsfest zu machen. Eine Kopie des Briefes stellen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Wir unterstützen auch die weitere Förderung der Windenergie, raten aber zum ehrlichen Umgang mit Zahlen und Fakten. Wenn Herr Albers, Präsident des Bundesverbandes Windenergie, von Verstopfung der Netze durch Kohle- und Atomstrom spricht, stellt er schlicht die Fakten auf den Kopf. Denn das EEG gibt regenerativem Strom absoluten Vorrang bei der Einspeisung. Es führt auch nicht weiter, den Zuwachs an installierter Windkraft-Leistung um 7 Prozent zu bejubeln, aber den Rückgang der Stromerzeugung aus Wind um 6 Prozent herunterzuspielen. Arbeit ist entscheidend, nicht Kapazität. Deshalb brauchen wir einen Ausbau der Stromnetze und die Erforschung und Entwicklung von Strom-Speichertechniken.

Die Bundesregierung will die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängern. Wie das konkret aussehen soll, ist – wie so vieles – bisher unklar. Da hilft auch die Beteuerung, Kernkraft sei eine „Brückentechnologie“ nicht weiter. Eine undifferenzierte Laufzeitverlängerung würde gesellschaftliche Konflikte wieder aufbrechen lassen. Eine an der Sache orientierte und nicht an ideologischen Barrikaden umkämpfte Energiepolitik würde so auf lange Zeit unmöglich.

Die IG BCE steht zum Ausstiegsbeschluss von 2002, hat sich jedoch dafür ausgesprochen, die Restlaufzeiten vom Sicherheitsnachweis der einzelnen Anlagen abhängig zu machen. Ein Ausstieg, bevor ausreichend neue Kohlekraftwerke gebaut worden sind, stellt die Erzeugung wettbewerbsfähiger Grundlastenergie für die Industrie in Frage.

Es ist eine Illusion anzunehmen, die Brücke Kernenergie könne ausreichen, um das regenerative Ufer zu erreichen. Das ginge nur bei Neubau von Kernkraftwerken. Ich kenne niemand, der das für eine realistische Option hält. Kernkraft kann also Kohle nicht ersetzen, allenfalls umgekehrt wird ein Schuh draus.

Was weltweit unbestritten ist, gilt auch für Deutschland: Am Energieträger Kohle führt kein Weg vorbei. Stein- und Braunkohle decken zurzeit nahezu die Hälfte der deutschen Stromversorgung, sie bleiben besonders für die Grundlastversorgung der energieintensiven Industrie auf viele Jahrzehnte hinaus unverzichtbar. Deshalb brauchen die Kohlereviere stabile und verlässliche Rahmenbedingungen.

Die IG BCE hält einen langfristigen deutschen Steinkohlenbergbau für unverzichtbar und den geplanten Auslauf für falsch. Die im Steinkohlefinanzierungsgesetz verankerte Revisionsklausel muss genutzt werden, um so schnell wie möglich einen dauerhaften Sockelbergbau zu vereinbaren. Wir brauchen ihn zum einen zur Sicherung der technologischen Spitzenstellung und des Erfahrungsschatzes der Bergleute sowie für den Erhalt des Zugangs zu den Lagerstätten, zum anderen wegen seines Beitrags zur Versorgungssicherheit vor allem beim Strom angesichts extrem volatiler Energie- und Rohstoffpreise.

Die notwendige finanzielle Förderung für einen Sockelbergbau wird langfristig sinken. Um dies zu konkretisieren, hat die IG BCE die RAG aufgefordert, die Kosten szenarienbezogen zu berechnen. Diese Zahlen werden in Kürze vorliegen.

Ein Sockelbergbau über 2018 hinaus ist energie- und industriepolitisch geboten und gehört als wichtiger Bestandteil in jedes vernünftige energiepolitische Konzept.

Das gilt natürlich auch für den deutschen Braunkohlenbergbau. Der ist zwar nicht so kurzfristig gefährdet wie der Steinkohlenbergbau, aber ohne neue Braunkohlekraftwerke müsste auch die Braunkohleförderung in Deutschland auslaufen.

Die Energieversorgungsunternehmen beklagen das Fehlen von Anreizen und Planungssicherheit, um in kapitalintensive Neuanlagen zu investieren. Deshalb muss die Energiepolitik Rahmenbedingungen setzen, die das betriebswirtschaftliche Interesse an neuen, klimafreundlichen Braunkohlekraftwerken mit dem industriepolitischen Interesse an einer sicheren und wettbewerbsfähigen Grundlast-Energieversorgung vereinbaren.

Wenn unter den Bedingungen der dritten EU-Emissionshandelsperiode ab 2013 die bestehenden Braunkohle-Altkraftwerke zunehmend stillgelegt werden, ohne dass moderne Neubauten an ihre Stelle treten, verliert Deutschland seinen heute wichtigsten und sichersten subventionsfreien Energieträger. Die Folgen wären katastrophal, sowohl für den Braunkohlenbergbau als auch für die energie- und stromintensive Industrie, die auf die kostengünstige Braunkohleverstromung angewiesen ist.

Deshalb müssen Braunkohlenbergbau und –verstromung auch nach 2013 wirtschaftlich bleiben. Dafür ist der Neubau effizienterer und flexibel regelbarer Kraftwerke jetzt erforderlich sowie die Weiterentwicklung und großflächige Einführung der Zukunftstechnologie CCS (Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>) für den Zeitraum nach 2020. Darüber hinaus muss die Wiederverwendung von CO<sub>2</sub> (CCR) erforscht und technologisch entwickelt werden.

Um CCS in der Fläche einführen zu können, müssen jetzt dringend die politischen Rahmenbedingungen insbesondere für Pipelines und CO<sub>2</sub>-Speicherstätten gestaltet werden. Dazu gehört die zügige Verabschiedung des längst entworfenen CCS-Gesetzes. Die Verantwortung des Staates für die zentrale Klima- und Energietechnologie CCS geht aber – ebenso wie bei den erneuerbaren Energien – über das Genehmigungsrecht hinaus.

Der Aufbau der nötigen CCS-Infrastruktur droht an Zersplitterung zu scheitern, wenn er einzelnen Projekten einzelner Unternehmen überlassen bleibt. Auch regionale politische Befindlichkeiten und durch mangelnde Information und Vorurteile ausgelöste Ablehnung in der Bevölkerung sind nicht zu unterschätzende Hindernisse. Eine gemeinsame CCS-Infrastrukturgesellschaft der öffentlichen Hand und der Energieunternehmen wäre am besten geeignet, die gesellschaftliche Akzeptanz eines CCS-Transportnetzes zu fördern und für seine Realisierung Ressourcen zu bündeln und effizient einzusetzen.

CCS wird nach meiner Ansicht auch klimapolitisch unterschätzt. Soll der weltweit wachsende Energiehunger klimaverträglich gestillt werden, liegt der Schlüssel dazu nicht nur im Ausbau erneuerbarer Energien, sondern auch in der Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien bei der Energieerzeugung.

Die IG BCE unterstützt alle Bemühungen, Erfolge beim Klimaschutz auch durch technische Lösungen zu erreichen. Dazu gehört insbesondere CCS. Die Begrenzung der Erderwärmung wird letztlich davon abhängen, wie effizient Chinesen und Indien ihre Kohle verstromen und wie viel CO<sub>2</sub> dabei noch in die Atmosphäre gelangt. Ob diese Länder Kohle verstromen, stellen sie nicht zur Debatte. Sie bauen in schnellem Takt eine Vielzahl neuer Kohlekraftwerke, die sie auch betreiben werden.

Lassen Sie mich unsere wichtigsten Aussagen für ein Energiekonzept kurz zusammenfassen:

- Die energiepolitischen Notwendigkeiten des Industriestandorts Deutschland müssen mit seinen klimapolitischen Zielen verbunden werden.
- Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Dabei müssen sowohl ihr Potenzial als auch ihre Kosten realistisch betrachtet werden. Solange ihr Strom nicht gespeichert werden kann, taugen sie nicht für die industrielle Grundlast.
- Um eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können, hat sich ein breiter Energiemix bewährt. Er muss erhalten werden.
- Damit in Deutschland auch in Zukunft Industriestrom erzeugt werden kann, müssen neue Kohlekraftwerke gebaut werden, wenn keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden sollen.
- Der Emissionshandel darf die Wirtschaftlichkeit der Braun- und Steinkohleverstromung nicht in Frage stellen.
- Emissionshandelsbedingt gestiegene Stromkosten müssen für stromintensive Unternehmen unbürokratisch kompensiert werden.
- Bei der Kraftwerksförderung dürfen moderne, effiziente Stein- und Braunkohlekraftwerke nicht benachteiligt werden.
- Um die Begrenzung der Erderwärmung mit der notwendigen weltweiten Energieversorgung vereinbaren zu können, sind neue Technologien wie CCS unverzichtbar. Ihre großflächige Anwendung muss vorangetrieben werden.
- Die Politik muss für verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen sorgen, die auch energieintensive Industrie in Deutschland ermöglichen.
- Die Unternehmen sind gefordert, durch Modernisierungsinvestitionen ihre Produktionsstätten auf dem Stand der Technik zu halten, um diese Rahmenbedingungen betriebswirtschaftlich optimal zu nutzen und beschäftigungsfähig zu bleiben.

Ich hoffe, ich habe deutlich machen können: Wir wollen einen anspruchsvollen Klimaschutz, verbunden mit einer aktiven Industrie und Strukturpolitik. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig die Realwirtschaft für unseren Wohlstand ist. Wenn wir – wie die Kanzlerin immer wieder betont – aus der Krise gestärkt hervorgehen wollen, reicht moderieren nicht aus. Wir müssen – und für die IG BCE sage ich – wir wollen gestalten. Energiepolitik, Industriepolitik und Forschungspolitik müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass wir Arbeitsplätze und Industrien erhalten und weiterentwickeln können.